

BESCHLUSSVORLAGE V0483/19 öffentlich	Referat	OB
	Amt	Integrationsbeauftragte/r
	Kostenstelle (UA)	0201
	Amtsleiter/in	Gumplinger, Ingrid
	Telefon	3 05-12 06
	Telefax	3 05-11 69
E-Mail	integration@ingolstadt.de	
Datum	07.06.2019	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungs- ergebnis
Migrationsrat	27.06.2019	Entscheidung	

Beratungsgegenstand

Stellungnahme des Migrationsrates zum AnKER-Zentrum
-mündlicher Bericht von Frau Ingrid Gumplinger-

Antrag:

1. Der Migrationsrat ist mit der von der Arbeitsgruppe erstellten Stellungnahme einverstanden
2. Der Migrationsrat leitet die Stellungnahme zum Thema AnKER-Zentrum an den Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt weiter. Der Oberbürgermeister, als oberster Vertreter der Stadt, wird gebeten, dieses Schreiben an die Regierung von Oberbayern bzw. die zuständigen Stellen weiterzuleiten.

gez.

Ingrid Gumplinger
Integrationsbeauftragte

Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten: ja nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten	<input type="checkbox"/> im VWH bei HSt: <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:	
	<input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 20	Euro:
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von Euro müssen zum Haushalt 20 wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

Bürgerbeteiligung:

Wird eine Bürgerbeteiligung durchgeführt: ja nein

Kurzvortrag:

In der letzten Sitzung des Migrationsrates wurde die Idee diskutiert, eine Stellungnahme in Bezug auf die Situation der Asylbewerber insbesondere im AnKER-Zentrum abzugeben.

Die Arbeitsgruppe des Migrationsrates Asyl hat sich getroffen und folgende Vorgehensweise erarbeitet:

Der Migrationsrat erstellt eine schriftliche Stellungnahme in Form eines Schreibens an den Oberbürgermeister, verbunden mit der Bitte dieses Schreiben an die Verantwortlichen von der Regierung von Oberbayern weiterzuleiten.

Folgende Aspekte wurden von der Arbeitsgruppe des Migrationsrats als besonders wichtig eingestuft und in die Stellungnahme aufgenommen:

- Einsatz von geschulten Mitarbeitern bei der Security: Entwicklung von Gewaltschutz- bzw. Deeskalationskonzepten
- Verlegung der anerkannten Flüchtlinge in dezentrale Unterkünfte
- Recht auf Privatsphäre z.B. Abschließbarkeit der Zimmer und Sanitärräume
- Begrenzung der Verweildauer auf 6 Monate
- Zugang der Neuankömmlinge zu unabhängiger Rechtsberatung vor der Erstanhörung
- Erhöhung der Einsatzstunden von Fachpersonal z.B. für traumatisierte und kranke Menschen
- Schaffung von Beschäftigungsangeboten für die Bewohner*innen zur besseren Strukturierung des Alltags, um so Aggressionen und Konflikte vorzubeugen
- Möglichkeiten zur wenigstens teilweisen Selbstversorgung, um ein menschliches Grundbedürfnis zu befriedigen
- Betreuung der Kinder durch geschultes Personal, um Verhaltensstörungen vorzubeugen

Die erarbeitete Stellungnahme wurde den Mitgliedern des Migrationsrates vorab per Mail zur Kenntnisnahme zugesandt.